

# Die letzten Bunker der Republik

## BEVÖLKERUNGSSCHUTZ Wie ist es um die noch vorhandenen Bauten bestellt?

**Berlin** – Ein Rat vom Staat schreckt viele Hausbesitzer auf: Baut euch Schutzräume in den Keller. Offizielle Bunker gibt es nämlich kaum noch, einsatzbereit wäre keiner. Geht es um weise Vorsicht oder übertriebenen Alarmismus? Um Vorsorge oder Geldmacherei? Ein Überblick darüber, wie es um den Schutz der Bevölkerung im Kriegsfall bestellt ist.

Noch 579 Schutzräume mit insgesamt etwa 480 000 Schutzplätzen gibt es in Deutschland, listet das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) auf. Und das Amt teilt auf Nachfrage trocken mit: „Sämtliche noch dem Zivilschutz gewidmeten Anlagen sind weder funktions- noch einsatzbereit.“

Kein funktionierender Bunker, nirgends – aber die Weltlage hat sich drastisch geändert in den vergangenen zwei Jahren. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine herrscht wieder ein Krieg auf europäischem Boden, ein in vielen Bereichen konventionell geführter mit Bomben, Raketen, Sprengsätzen. Politiker warnen vor einem Szenario der Eskalation auf Nato-Gebiet. Ist es an der Zeit, die Friedensdividende der vergangenen Jahrzehnte nach dem Kalten Krieg zu überdenken und wieder über Bunker zu reden?

Der Anstoß dazu kommt aus Berlin. Das Innenministerium hat einige Behörden beauftragt, darunter das BBK, den Stand der Bunker zu erfassen und herauszufinden, welche Schutzräume Deutschland künftig brauchen wird. Seit ein paar Wochen kursiert dazu ein „Sachstandsbericht“. Er klingt brisant, das 25-seitige Papier liegt unserer Zeitungsgruppe vor. Tenor: Der Staat wird nicht genügend Schutzraum schaffen können, jedenfalls nicht rechtzeitig. Also lautet die Devise: Schützt euch selber.

Drei Schutzvarianten gibt es, im Behördendeutsch säuberlich abgekürzt: ÖSR, HSR und BSR. Öffentliche Schutzräume eben gibt es praktisch nicht mehr. Sie neu zu schaffen – Bunker, Garagen, unterirdische Bahnhöfe – oder zu sanieren wäre zu teuer, zu zeitaufwendig: Geld fehlt, Zeit fehlt, Platz fehlt. Die Hausschutzräume wären dezentral, aber hochgerüstet: Eingangsschleuse, Filterraum, Notausstieg, Lüftung, Sanitärbereiche, dicke Decken. Sie können beim ursprünglichen Bau mitgedacht werden, nachträglich eingefügt oder separat „unter-



**Der Blick in eine andere Welt:** Fünf dicke Stahltüren bilden die Schleuse am Eingang zu einem DDR-Bunker in Mecklenburg-Vorpommern. STEFAN SAUER/DPA

irdisch angelegt“ werden. Doch selbst wenn der Bund Milliarden zuschießt, werde es „unter besten Voraussetzungen mehrere Jahrzehnte“ dauern, davon genug zu bauen, notieren die Beamten.

Es bleibt das Kürzel BSR: Bauliche Selbstschutzräume sollen also die Lösung sein für den hoffentlich unrealistischen Fall eines Angriffs. Dabei kann es sich um Kellerräume handeln, die provisorisch durch Abdichtungen der Fenster sicher gemacht werden können. Manchmal reichen da Holzbretter oder Steine. „Die Bausubstanz in Deutschland ist flächendeckend so gut, dass Keller und innenliegende Räume bereits einen guten Schutz vor herumfliegenden Trümmerteilen und Druckwellen bieten“, sagt eine BBK-Sprecherin.

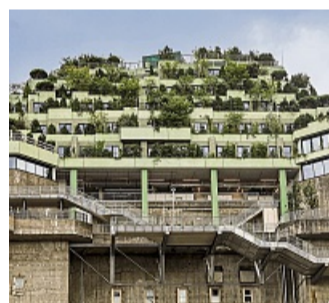
Genau darum geht es nämlich. In der neuen Gefahrenanalyse rechnet der Bund im Szenario einer Eskalation vor allem mit Lebensgefahr durch Splitter und Druckwellen, wenn „moderne Präzisionswaffen gezielt einzelne kriegsrelevante Objekte zerstören“ können, Vorwarnzeit nur wenige Minuten. Vorteile der BSR: geringe Kosten, eine schnelle Umsetzung.

Damit alle 85 Millionen Einwohner in Sicherheit gebracht werden könnten, bräuhete es – lediglich – fünf Schutzplätze pro Keller in Deutschland. Sollten sich Vermieter darum nicht kümmern, sieht es für Mieter schlecht aus.

Unter Experten und in der Baubranche ist der Maßnahmenkatalog umstritten. Was die im Bericht angepriesene Va-



**Trister Einblick in einen Schutzraum:** Hier der Atomschutzbunker in Bottrop. IMAGO/THOMAS GOEDDE



**Wahrzeichen:** Aus dem ehemaligen Flakbunker in St. Pauli wurde der „Grüne Bunker“. ULRICH PERREY

riante bringe, fasst zum Beispiel Peter Aurnhammer knapp zusammen: „Das beruhigt eher die Bevölkerung, aber wirklich Schutz bietet es nicht“, sagt der geschäftsführende Inhaber des Deutschen Schutzraum-Zentrums, eines Bauunternehmens aus Fürstentfeldbruck. Die Sorge lautet: In nuklear geführten Kriegen schütze der Keller schlecht. Dennoch: „Alles ist besser als die Fensterscheibe.“ Sein Ge-

genvorschlag: Private Bunker selbst bauen lassen. Und das nicht bloß mit Brettern und Steinen, sondern professionell. Er spricht aus Eigeninteresse, sein Unternehmen bietet eben jene Bunker an. Ein klassischer Schutzbunker mit Fachplanung kommt auf 20 000 Euro – das ist die günstigste Variante.

### Immense Summen nötig

Womit man beim Geld wäre, denn die Summen für den Schutz im Extremfall sind schwindelerregend. Für das ÖSR-Konzept, also eine Vollabdeckung mit neuen öffentlichen Schutzräumen, nennt der vertrauliche Bericht Kosten in Höhe von 140 Milliarden Euro. Um die bestehenden Rest-Bunker halbwegs auf altes Schutzniveau aufzumöbeln, wären es 152 Millionen Euro. Die Hausschutzräume würden allein an staatlichen Zuschüssen 131 Milliarden Euro verschlingen. Der BSR-Plan wird nicht beziffert.

## Mehrheit der Männer bereit zur Verteidigung

**Potsdam** – Eine klare Mehrheit der Männer unter 50 Jahren in Deutschland gibt laut einer Umfrage an, das Land im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe verteidigen zu wollen. Das ist das Ergebnis der jährlichen repräsentativen Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) in Potsdam. 61 Prozent der Befragten gaben demnach an, dazu bereit zu sein. 2021, also vor dem Beginn des Kriegs in der Ukraine, lag die Verteidigungsbereitschaft noch bei 52 Prozent. Deutlich geringer fällt die Verteidigungsbereitschaft hingegen den Angaben nach bei Frauen mit 21 Prozent aus. 2021 waren es mit 11 Prozent noch weniger gewesen.

Knapp die Hälfte der befragten Deutschen (49 Prozent) spricht sich zudem für einen Wehrdienst im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht für junge Erwachsene aus. In der betroffenen Altersgruppe der 16- bis 29-Jährigen sind es nur 37 Prozent. Die allgemeine Wehrpflicht war 2011 ausgesetzt worden. Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine wird eine mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht verstärkt diskutiert.

Ebenfalls etwa die Hälfte der Befragten (49 Prozent) spricht sich dafür aus, die Ukraine im Kampf gegen Russland weiterhin militärisch zu unterstützen. Das sind vier Prozentpunkte mehr als noch 2023. Nur 26 Prozent lehnen der Umfrage zufolge eine solche Unterstützung klar ab. Befragt nach ihren Parteipräferenzen gibt es nur bei den Anhängern von AfD, BSW und Linken sowie Nichtwählern keine Mehrheit für militärische Hilfen. dpa

## „Kriegstüchtig“ als „Unwort“?

**Marburg** – Mehr als 2000 Einsendungen für das „Unwort des Jahres“ sind bei der Marburger Jury eingegangen. Dazu gehören die Begriffe „illegale Migration“, „Biodeutsche“ oder das von Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) in die sicherheitspolitische Debatte eingebrachte Wort „kriegstüchtig“, wie die Jury mitteilte. Noch bis Jahresende können Vorschläge eingereicht werden. Die Wettbewerbsjury besteht aus Sprachwissenschaftlern und Autoren. 2023 kürten sie den Begriff „Remigration“ zum Unwort. kna

## „Andere Länder sind weiter als wir“

**INTERVIEW** Unions-Innenpolitikerin Andrea Lindholz fordert ein schnelles Umsteuern beim Planen von Schutzräumen

„Wir müssen vorbereitet sein“, sagt Andrea Lindholz (CSU) – und rät zu verstärktem Bunkerbau, staatlich wie privat. Die 54-jährige Juristin ist eine der Vize-Vorsitzenden der Unionsfraktion, zuständig für Innenpolitik.

### Jetzt nach neuen Bunkern rufen: Ist das nicht hektischer Alarmismus?

Nein. Die Sorge, dass im Zivilschutz erheblicher Handlungsbedarf besteht, gibt es schon länger. Die Innenminister Horst Seehofer und Joachim Herrmann haben das Thema erstmals wieder richtig angepackt. Die Ampel hat dann aber

trotz des russischen Angriffs auf die Ukraine viel zu lange gebraucht für die Analyse, welche Bunker es noch gibt. Immerhin arbeitet man jetzt an einem konkreten Schutzraum-Konzept für Deutschland. Aber andere Länder sind da viel weiter als wir.

### Seit 2007 sind Bunker rückgebaut oder umgewidmet worden in Kunstgalerien, Tiefgaragen, Gänsehaut-Museen. Waren wir – schon vor der Ampel – zu naiv?

Nach dem Ende des Kalten Krieges war hier die allgemeine Meinung wie bei vielen Din-

gen, was Verteidigung und Zivilschutz angeht: Wir brauchen keine Bunker mehr, es wird ewigen Frieden geben in Europa. Aus heutiger Sicht muss man klar sagen: Ja, das war zu naiv.

### Setzen Sie auf private Schutzräume oder auf neue größere öffentliche Bauten?

Es muss eine Kombination aus beidem sein. In erster Linie ist hier der Staat gefragt. Er muss den Bestand erfassen und ertüchtigen – zum Beispiel auch U-Bahn-Schächte. Zudem müssen bei neuen öffentlichen Bau-



**Andrea Lindholz (CSU)**  
Innenpolitikerin

ten Schutzeinrichtungen mitgedacht werden. Die Bürger zu Hause wiederum müssen wir sensibilisieren und motivieren – aber wir dürfen diese riesige Herausforderung nicht komplett auf die privaten Hausbesitzer abwälzen. Das würde schlicht nicht funktionieren.

### Mal ehrlich: Wollen die Leute jetzt was von Bunkern hören?

Das Bewusstsein für die Notwendigkeit wächst. Ich erlebe oft, wie aufmerksam und sensibel die Menschen sind, wenn ich über das Thema spreche. Viele haben nach dem russischen Angriff auf die Ukraine begriffen, dass die Zeiten unsicher geworden sind und wir handeln müssen. Wir dürfen keinen Alarmismus verbreiten, aber die Leute auch nicht in falscher Sicherheit wiegen. Der Ukraine-Krieg hat die Sicherheitslage in ganz Europa in den letzten drei Jahren

grundlegend verändert. Es ist höchste Zeit, dass wir darauf reagieren.

### Fällt der Bunker-Bau unter Verteidigungsausgaben, Stichwort Drei-Prozent-Ziel...?

Wir brauchen neben dem Sondervermögen für die militärische Verteidigung unbedingt ein Sonderprogramm für die zivile Verteidigung über mehrere Jahre. Damit muss auch das Schutzraum-Konzept finanziert werden. Am Schutz unserer Bevölkerung dürfen wir definitiv nicht sparen.

**INTERVIEW:**  
**CHRISTIAN DEUTSCHLÄNDER**